

Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 18.01.2011

Niederschrift

der 29. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport
am Mittwoch, dem 01.12.2010,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:05 - 19:30 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker
Herr Dr. Johannes Dittrich
Herr Prof. Dr. Klaus Kramer
Herr Dieter Kräske
Frau Christine Wagener

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz
Frau Hannelore Kraushaar-Hoffmann
Herr Frank Walter Schmidt
Herr Mehmet Tanriverdi

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Edith Nürnberger

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich Vorsitzender

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin

4. Vorschlag der Universitätsstadt Gießen für die Berufung des Stellvertreters eines Mitglieds des Forensikbeirats der Universitätsstadt Gießen durch den Verwaltungsausschuss des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen
- Antrag des Magistrats vom 09.11.2010 - STV/3397/2010
5. Verordnung über die Mindestvoraussetzungen für den Betrieb von Kindertagesstätten
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.11.2010 - STV/3448/2010
6. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen STV/3398/2010 **- Antrag des Magistrats vom 09.11.2010 -**

Antrag:

„Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

3. Berichtigung der 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten vom 15.06.2000; STV/3451/2010 **hier: Modellhafte Erprobung zur "Flexibilisierung der Betreuungszeiten"** **- Antrag des Magistrats vom 24.11.2010 -**

Antrag:

„1. Die Berichtigung der 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten in der Anlage 1 wird beschlossen.“

2. Die so berichtigte 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten in der Anlage 2 wird insgesamt neu beschlossen.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt auf Nachfrage, dass lediglich redaktionelle Änderungen vorgenommen werden, inhaltlich werde nichts verändert. Da es sich hier um eine Satzung handele, müsse man diesen Weg gehen und die Änderungen erneut von der Stadtverordnetenversammlung beschließen lassen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

4. **Vorschlag der Universitätsstadt Gießen für die Berufung des Stellvertreters eines Mitglieds des Forensikbeirats der Universitätsstadt Gießen durch den Verwaltungsausschuss des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen - Antrag des Magistrats vom 09.11.2010 -** **STV/3397/2010**
-

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen schlägt als Stellvertreter des Mitglieds im Forensikbeirat Dekan Januarius Mäurer Herrn Pfarrer Thomas Born zur Berufung durch den Verwaltungsausschuss des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen vor.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

5. **Verordnung über die Mindestvoraussetzungen für den Betrieb von Kindertagesstätten - Antrag der SPD-Fraktion vom 23.11.2010 -** **STV/3448/2010**
-

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die von der Landesregierung im Zusammenhang mit der Erstattung der Mehrkosten durch die Verordnung über die Mindestvoraussetzungen für den Betrieb von Kindertagesstätten vorgesehene Pauschale die Personalmehrkosten unter keinen Umständen voll kompensiert. Die Landesregierung verstößt damit gegen das Prinzip der Konnexität und bricht ein gegenüber den Kommunen und freien Trägern gegebenes Versprechen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt weiter fest, dass die Landesregierung von der bisherigen Anerkennung der Anwendbarkeit des Prinzips der Konnexität abgeht, in dem sie einen Rechtsanspruch auf die Förderung ausschließt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung bedauert, dass das von der Landesregierung gewählte Abrechnungsverfahren dazu führt, dass die Träger der Tageseinrichtungen für Kinder möglichst große Gruppen bilden müssen, um die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Dies läuft dem angestrebten Ziel, durch kleine Gruppen mehr frühe Bildung zu ermöglichen, zuwider.
4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher die Landesregierung auf, die in

Kraft gesetzte Richtlinie zur Förderung der Umsetzung der Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder zurückzuziehen.“

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, bringt folgenden Initiativantrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass die Verordnung über die Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder vom Hessischen Staatsgerichtshof im Rahmen mehrerer kommunaler Grundrechtsklagen auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung des Landes Hessen überprüft wird.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Fortführung der Klage. Zwar hat inzwischen das Land die Konnexität grundsätzlich anerkannt. Die Förderhöhe, die sich aus den Richtlinien zur Umsetzung der Mindestverordnung ergeben, sind allerdings unzureichend. Sie decken ca. 30 bis 50 % der tatsächlichen Kosten. Außerdem widerspricht es dem Gleichbehandlungsgrundsatz, dass nur solche Einrichtungen gefördert werden, die nach dem 31.12.2008 zusätzliche Fachkräfte eingestellt haben.

Gleichzeitig hat das Land angekündigt, spätestens bis zum Jahre 2012 ein Kinderförderungsgesetz zu verabschieden. In diesem Gesetz sollen alle Fördertatbestände gemeinsam geregelt werden und transparente und unbürokratische Abrechnungsverfahren gefunden werden. Der Sozialausschuss des Städtetages hat in seiner Sitzung am 01.12. das Verfahren grundsätzlich begrüßt und eine Arbeitsgruppe Förderverfahren eingerichtet. Diese AG soll Eckpunkte für ein solches Gesetz formulieren und generell Vorschläge für eine Entbürokratisierung von Abrechnungs- und Förderverfahren machen. In der AG sind die Städte Kassel, Wiesbaden und Gießen durch ihre Mitglieder im Sozialausschuss des Städtetages vertreten.“

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, ist der Meinung, dass es sich beim Initiativantrag der Koalitionsfraktionen nicht um einen Antrag, sondern lediglich um eine Resolution handele. Sie wolle daher das über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt werde.

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, vertritt die Auffassung, der Antrag der SPD-Fraktion sei ebenfalls eine Resolution. Da es bereits einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gebe, Klage einzureichen, sei eine Abstimmung überflüssig.

Beratungsergebnis:

Dem Initiativantrag wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE).

Die Vorlage STV/3448/2010 wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/FDP; Ja: SPD/LINKE; StE: GR).

6. Verschiedenes

- **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** berichtet, sie habe den Antrag „Save me“ wie versprochen im Städtetag eingebracht. Die entsprechenden Unterlagen werden jetzt an die Mitgliedskommunen versandt.
- **Stv. Kraushaar-Hoffmann, SPD-Fraktion**, erkundigt sich wie weit das Projekt „Leon-Hilfeinseln“ fortgeschritten sei.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich führt aus, nach ihrer Kenntnis sei Herr Gülec, Geschäftsführer der Gießen Marketing GmbH, bereits tätig geworden. Um genauerer Informationen zu erhalten, bitte sie sich direkt an Herrn Gülec zu wenden.

- **Stv. Tanriverdi** führt aus, er habe der Presse in den vergangenen Tagen entnommen, dass die Verhandlungen mit dem Sportverein Blau-Weiß bezüglich der Nutzung des Vereinsgeländes während und nach der Landesgartenschau noch andauern. Er erkundigt sich bei Obbürgermeisterin Grabe-Bolz, ob es dazu neues zu berichten gebe.

Stv. Wagener beantragt die Ausführungen von Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz und Bürgermeisterin Weigel-Greilich zu dieser Frage wörtlich zu protokollieren:

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz:

„Die Presse hat ja über die Verhandlungen, die gerade stattfinden berichtet und eigentlich gibt es dem kaum etwas hinzuzufügen. Es geht einfach um, sowohl die Interimszeit, wobei Blau-Weiß ja jetzt gesagt hat, dass sie den Platz oben an der Millerhall nutzen werden, aber vor allem um die Zukunft Blau-Weiß nach der Landesgartenschau. Natürlich gibt es da, sage ich einmal, Interessenunterschiede die jetzt in einer ganz konstruktiven Runde besprochen und auch ausgetragen werden und wir hoffen, glaube ich, alle, dass das auf einen guten Weg, auf einen guten Kompromiss kommt. Weil es gibt, ich sage jetzt mal die Maximalforderung von Blau-Weiß, wie es ja auch in der Zeitung nachzulesen war, dort einen Kunstrasenplatz haben zu wollen. Es gibt noch eine offene Frage was das Vereinsheim angeht, ob Blau-Weiß weiterhin das Vereinsheim, also ob das jetzt renoviert wird, das bestehende Vereinsheim und der Blau-Weiß das außerhalb der Landesgartenschau dann nutzt, oder, wie es auch in der Zeitung zu lesen war, ob es eben einen Neubau gibt, der dann für die Landesgartenschau genutzt wird und in der Nachfolge als Vereinsheim von Blau-Weiß. Wobei Blau-Weiß natürlich mit einbezogen würde in den Bau, weil dann müsste man ja diese multifunktionale Nutzung möglich machen. Ja, ich denke, es gibt sicherlich noch die eine oder andere Verhandlungsrunde mit dem Verein aber die müssen sich jetzt bald entscheiden. Kunstrasenplatz, da bitte ich auch um Verständnis, dass wir als Stadt

da jetzt nicht einfach zusagen können und sagen, jawohl das wird es geben. So gerne wir es machen würden, aber das ist einfach zu prüfen, wie die Bedingungen dann sind. Aber es gibt die 100%ige Zusage an Blau-Weiß, da wird auch nicht dran gerüttelt, dass sie an diesen Platz, an diesen Standort zurückkommen und mindestens diesen Standart vorfinden, den sie jetzt haben von der Platznutzung her.“

Stv. Tanriverdi, SPD-Fraktion:

„Gibt es eine Zeitpunkt, wann sie den Platz verlassen müssen aufgrund die Vorbereitung der Landesgartenschau?“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Das steht noch nicht fest, wir fangen jetzt ja erst mal an mit der Wieseckau mit der Schwanenteichsanierung und ansonsten kann man noch sagen, dass wir außerdem noch auch sehr großen Wert darauf legen, dass auch der Schulsport und Türkiyemspor wieder dorthin zurückkehren können. Also dass das auch gewährleistet ist, da haben wir auch sehr großen Wert darauf gelegt und ansonsten ist alles relativ zutreffend in der Presse wiedergegeben worden, das darf man ja auch mal sagen.“

- **Vorsitzender Dr. Greilich** weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport am 02.02.2011, 19:00 Uhr stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) D r . G r e i l i c h

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z